

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den
Antrag des Bundesvorstandes „Die Mitte. Deutschlands Stärke.“

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! 2009 ist ein Jahr der Entscheidungen: Der Wähler entscheidet in tausend Städten und Gemeinden. Der Wähler hat das Wort in fünf Bundesländern. Der Wähler stellt die Weichen für Europa, und der Wähler entscheidet über die Zukunft Deutschlands.

Liebe Freunde, es geht 2009 um die richtigen Antworten in schwierigen Zeiten. 2009 muss das Jahr der CDU werden.

(Beifall)

Es geht um Hessen, wo das Wahljahr beginnt. Roland Koch und die CDU haben dieses Land auf eine Erfolgsspur gebracht. Dabei muss es bleiben. Schauen Sie sich an, was SPD, Grüne und Linkspartei diesem Land antun würden, wenn sie die Chance dazu hätten.

Darum kann es am 18. Januar nur ein Ziel geben: Hessen muss die richtige Antwort geben. Hessen wählt CDU. Roland Koch muss Ministerpräsident in Hessen bleiben.

(Beifall)

Dann geht es um die Wahl des Bundespräsidenten. Liebe Freunde, es ist doch unerträglich, wie die Linkspartei das höchste Amt im Staate durch ihren Kandidaten verhöhnt. Wir werden direkt im ersten Wahlgang die richtige Antwort geben. Wir

haben einen hervorragenden Bundespräsidenten. Wir werden dafür sorgen, dass Horst Köhler Bundespräsident bleibt.

(Beifall)

Am 7. Juni geht es um Europa. Wir lassen uns die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung weder von der Linken noch von den Rechten schlechtreden. Wir werden dagegenhalten. Wir sind als CDU Europapartei. Wir werden dafür sorgen, dass wir am 7. Juni 40 Prozent plus X bekommen, damit wir Europapartei in Deutschland bleiben.

(Beifall)

Dann geht es um das Dreierpaket: Saarland, Sachsen und Thüringen. Bei der SPD dreht sich doch alles nur um die Machtperspektiven mit der Linkspartei. Die SPD will auf Teufel komm raus an die Macht. Sie ist dafür sogar bereit, sich als Juniorpartner an die Linkspartei zu heften.

Wir werden gemeinsam alles dafür tun, dass die SPD gar nicht erst in die Versuchung kommt. Bei uns wird es darum gehen, die richtige Antwort zu geben und die richtige Politik zu machen. Peter Müller, Stanislaw Tillich und Dieter Althaus müssen in ihren Bundesländern Ministerpräsident bleiben.

(Beifall)

Wir kämpfen auch für unsere Freunde in Brandenburg. Es ist gut für Brandenburg, dass die CDU unter Führung von Johanna Wanka mitregiert. Wir wollen so stark werden, dass es so bleibt. Wir wollen mehr CDU in Brandenburg.

(Beifall)

Am 27. September geht es um Deutschland. Dann kann die richtige Antwort nur heißen: vier weitere Jahre unter Führung von Angela Merkel, vier weitere Jahre für die CDU, damit Deutschland auch in schwierigen Zeiten auf Erfolgskurs bleibt. Nach über zehn Jahren an der Regierung schicken wir die Genossen in die Opposition. Keine vier weiteren Jahre für die SPD in Deutschland!

(Beifall)

Denken Sie nur an den Scherbenhaufen, den uns Rot-Grün hinterlassen hat: Alleine in den letzten zwölf Monaten vor dem Regierungswechsel sind bei denen tausend Arbeitsplätze pro Tag weggefallen. 5,2 Millionen Arbeitsplätze waren deren trauriger Rekord. Heute sind es unter drei Millionen Arbeitslose. Heute haben wir so viele Erwerbstätige wie noch nie im Nachkriegsdeutschland. Heute ist die Jugendarbeitslosigkeit so gering wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. Allein im letzten Jahr sind 1.500 zusätzliche Arbeitsplätze pro Tag geschaffen worden. Hunderttausende Männer und Frauen haben seit unserem Regierungsantritt die schönen Sätze gehört: „Sie haben einen Job. Sie können bei uns anfangen.“ Das zeigt: Deutschland ist zwischen 2005 und 2008 große Schritte vorangekommen. Das ist unsere Antwort. Das ist unsere Politik. Das ist unser Erfolg. Darauf, liebe Freunde, können wir stolz sein.

(Beifall)

Darauf müssen wir jetzt aufbauen. Denn wir alle erleben die Folgen der internationalen Finanzmarktkrise. Sie ist auch eine Vertrauenskrise. Wir werden diese Krise meistern. Wir werden Vertrauen schaffen. Denn auch hier haben wir die

richtigen Antworten. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Auf diesem Fundament lassen sich die Herausforderungen bestehen. Denn – das muss einmal deutlich gesagt werden – die Finanzmarktkrise ist eben keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft. Im Gegenteil: Die Krise wurde erst möglich, weil die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft missachtet worden sind.

In der Sozialen Marktwirtschaft gelten die Prinzipien des „Ehrbaren Kaufmanns“. Es ist an der Zeit, dass wir uns darauf besinnen: Nachhaltigkeit, Vernunft, Solidarität, Ehrlichkeit, Verantwortungsbereitschaft, Anstand, Respekt. Das sind Werte, die die politische Linke immer als „Sekundärtugenden“ verunglimpft hat. Ich sage: Für uns sind das grundlegende Prinzipien, und sie gelten überall in Deutschland.

(Beifall)

Das gilt erst recht in diesen Tagen. Lassen Sie mich das an zwei Beispielen deutlich machen. Nachhaltigkeit meint: Der langfristige Unternehmenserfolg ist wichtiger als der kurzfristige Gewinn. Der langfristige Erfolg muss belohnt werden und nicht der schnell gemachte Euro. Deshalb müssen wir ran an die Bonussysteme. Anstand meint: Wer davon redet, dass der „Gürtel enger geschnallt“ werden muss, muss selber auch dazu bereit sein. Deshalb dürfen Managergehälter nicht nach oben schnellen, wenn gleichzeitig die Belegschaft mit Nullrunden leben muss. Ich sage es sehr deutlich: Das müssen Vorstände von Banken und Aktiengesellschaften in Deutschland endlich kapieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, Maß und Mitte – darum geht es. Dafür stehen wir; dafür steht unser Programm. Wir wollen unser Land weiter voranbringen. Dafür wollen wir die Mitte stärken. Wir haben den Menschen in den letzten Jahren durch Veränderungen einiges zugemutet. Diese Veränderungen waren notwendig, um Deutschland wieder

auf die Erfolgsspur zu bringen. Wir haben dabei aber immer gesagt, dass sich diese Anstrengung für die Menschen lohnt. Auch deshalb steht in der kommenden Legislaturperiode eine Steuerreform an. Auch deshalb unser Entlastungsprogramm für Deutschland. Liebe Freunde, wir stehen zu dem Wort, das wir gegeben haben: Wir wollen eine Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode.

Gerade hier wird der Unterschied zur SPD deutlich. Dieser Unterschied ist glasklar: Die SPD redet von sozialer Gerechtigkeit, meint aber Steuererhöhungen. Schauen Sie sich doch einmal an, was die SPD beschlossen hat: Erhöhung der Reichensteuer, Wiedereinführung der Vermögensteuer und Verdopplung der Erbschaftsteuer. Liebe Freunde, die SPD will Steuern erhöhen, wir wollen Steuern senken. Das ist der Unterschied. Diesen Punkt werden wir im Wahlkampf deutlich machen.

(Beifall)

Unsere Maxime heißt: Leistung muss sich lohnen. Arbeit muss sich lohnen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Netto vom Brutto haben. Das ist der richtige Weg; das ist notwendig. Dafür kämpfen wir auch anlässlich der Bundestagswahl, weil wir in der nächsten Legislaturperiode eine grundlegende Steuerreform machen wollen.

Konkret wollen wir ran an die sogenannte kalte Progression. Es kann nicht sein, dass Überstunden und Gehaltserhöhungen von der Progression aufgeessen werden. Es kann doch nicht sein, dass man heute schon als Facharbeiter mit dem Spitzensteuersatz belastet wird. Wer gut und viel arbeitet, soll auch etwas davon haben. Das ist unser Ziel. Dafür wollen wir kämpfen.

(Beifall)

Wir wollen das Ehegattensplitting um ein Familiensplitting ergänzen. Wir sagen: Familien, die Kinder großziehen, müssen steuerlich besser gestellt werden als bisher. Deshalb wollen wir das Ehegattensplitting um ein Familiensplitting ergänzen, damit Familien mit Kindern in Deutschland steuerrechtlich gestärkt werden.

(Beifall)

Die CDU steht für Leistungsgerechtigkeit, und wir stehen genauso für Generationengerechtigkeit. Auf Baustellen haften Eltern für ihre Kinder. Bei Staatsschulden haften aber die Kinder für ihre Eltern. Deshalb verbinden wir unser Entlastungsprogramm mit dem Ziel, so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Daran halten wir auch trotz der aktuellen schwierigen Entwicklung fest.

Die CDU steht für Wachstum und Beschäftigung. Deshalb heißt unsere Maxime: Vorfahrt für Arbeit durch Flexibilität und Sicherheit. Das fängt an beim Arbeitsrecht. Liebe Freunde, es ist doch wahr: Das deutsche Arbeitsrecht ist kompliziert, bürokratisch und behindert neue Beschäftigung. Deshalb wollen wir das Arbeitsrecht in einem schlanken und verständlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenfassen. Wir wollen Beschäftigung fördern, statt Arbeitslosigkeit begünstigen. Deshalb wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein Arbeitsgesetzbuch, damit wir Vorfahrt für Arbeit in Deutschland schaffen.

(Beifall)

Vorfahrt für Arbeit heißt aber auch: Mit uns wird es keine Mindestlöhne geben, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln. Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele

Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen. Deshalb sagen wir: Es ist besser, dass der Staat den Lohn ergänzt und etwas auf den Lohn drauflegt, falls er nicht reicht. Deshalb wollen wir ein Mindesteinkommen. Wir wollen Arbeit schaffen und nicht Arbeitsplätze vernichten. Deshalb wird es einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland mit uns niemals geben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir unseren Wohlstand sichern wollen, dann müssen wir auch in Köpfe investieren. Deshalb unser Einsatz für die Bildungsrepublik. Wir wollen den Anteil für Bildung und Forschung am Bruttoinlandsprodukt bis 2015 auf 10 Prozent erhöhen. Das ist sehr ambitioniert. Aber unser Ziel ist klar: Wir wollen mehr Chancen zum Aufstieg schaffen.

Denn, liebe Freunde: Die CDU ist die Partei des sozialen Aufstiegs. Die Herkunft darf nicht entscheidend sein für den weiteren Bildungsweg in Deutschland.

(Beifall)

Und auf diesem Weg kommen wir voran. Die aktuelle PISA-Studie ist der beste Beweis: Da stehen nur Unionsländer ganz oben, und zwar die, wo die Union schon lange regiert. Wir freuen uns an dieser Stelle mit Stanislaw Tillich und unseren Freunden in Sachsen über den Spitzenplatz von Sachsen. Herzlichen Glückwunsch zu dieser hervorragenden Situation!

(Beifall)

Und auch das tolle Ergebnis von Thüringen mit Dieter Althaus zeigt: Die Neuen Bundesländer sind ganz vorne mit dabei. Deshalb sage ich hier auch sehr deutlich: Wir sind stolz darauf, dass die Neuen Bundesländer bei der PISA-Studie an erster und an zweiter Stelle abgeschnitten haben. Herzlichen Glückwunsch an unsere Freunde in Sachsen und in Thüringen!

(Beifall)

Mehr Netto vom Brutto, Vorfahrt für Arbeit, Bildung für alle, das sind unsere Vorhaben für das kommende Jahrzehnt, das sind Leitplanken für ein Regierungsprogramm 2009, das sind unsere Ziele für Deutschland. Es geht ja nicht nur um die besten Ideen für diese schwierige Situation. Es geht auch um die Frage, wer unser Land in dieser Lage am besten führen kann. Unsere Antwort, liebe Freunde, ist glasklar: Angela Merkel und die CDU sind die richtige Antwort auf die schwierige Lage, die wir haben. Deshalb werden wir im nächsten Jahr alle gemeinsam bei den vielen Wahlen dafür kämpfen, dass wir im Bund, in den Ländern, in den Kommunen und in Europa unsere führende Stellung als die Volkspartei der Mitte behaupten und ausbauen können.

(Beifall)

Was sehen wir bei der SPD? Mit den Herren Steinmeier und Müntefering stehen dort zwei Leute an der Spitze, die mit Rot-Grün unser Land schon einmal in eine Krise geführt haben. Damals hatten sie wenigstens noch ihre Partei im Griff. Jetzt haben sie nicht einmal mehr das. Wieder einmal sollte eine neue SPD-Führung ein Aufbruchsignal sein. Doch diese Partei, die SPD, bricht nicht auf. Sie bricht auseinander. Jeder kämpft gegen jeden. Da gibt es so viele Parteiausschlussverfahren, Rücktrittsforderungen, Querschüsse und Parteiaustritte, da kann ich nur sagen: Die SPD ist im Moment keine Partei, die SPD ist im Moment eine schlagende Verbindung.

(Beifall)

Steinmeier und Müntefering haben keinen Kurs, keinen Kurs in der Partei und keinen Kurs für den Umgang mit der Linkspartei.

Die SPD-Spitze hat nichts getan, um Frau Ypsilanti in Hessen zu stoppen, und sie hatte zweimal die Chance dazu. Müntefering hat nichts getan, um die vier Abgeordneten zu schützen, die Frau Ypsilanti aufgehalten haben. Frau Metzger hat gesagt: „Diese Art des Umganges mit Andersdenkenden ist einer demokratischen Partei mit einer so langen Tradition, wie die SPD sie hat, unwürdig.“ Dieser Satz von Frau Metzger ist eine schallende Ohrfeige für Franz Müntefering. Er hätte die vier Genossen in Hessen davor schützen müssen, dass sie beschimpft worden sind und unter Polizeischutz gestellt werden mussten – nur deshalb, weil sie das vor der Wahl gegebene Wort halten wollten.

(Beifall)

Und was hören wir vom Kanzlerkandidaten der SPD? Nichts! Nichts zu Hessen, nichts zur Zukunft Deutschlands und nichts zur Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Liebe Freunde, die SPD hat einen Kandidaten, aber keinen Spitzenkandidaten.

(Beifall)

Die SPD behauptet, sie will mit der Linkspartei keine Zusammenarbeit. Aber ich sage Ihnen: Die SPD wird bei der Zusammenarbeit mit der Linkspartei umfallen. Denn die SPD wirbt doch schon jetzt um die Stimmen der Linkspartei in der

Bundesversammlung. Wenn Steinmeier und Müntefering sagen, dass sie mit der Linkspartei nicht zusammenarbeiten werden, glaube ich denen kein Wort. Wenn sie die Chance dazu haben, werden sie nach der Wahl wie in Hessen anders handeln, als sie es vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben auch keine Belehrungen von grünen Besserwissern zu unserer Geschichte nötig, weder in den alten noch in den neuen Ländern. Das Unrecht in der DDR haben die SED und ihre Nachfolger zu verantworten. Wenn Frau Künast schon eine Entschuldigung fordert, dann gefälligst bei der Linkspartei. Aber mit denen wollen die Grünen in Hessen ja lieber unter eine Koalitionsdecke schlüpfen. Anstatt dicke Backen zu machen, sollten Künast & Co. endlich ihr Verhältnis zur Linkspartei klären und eine Absage an ein Bündnis mit der Linkspartei im Bund und in den Ländern erklären.

(Beifall)

Wir führen die Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Wir reduzieren die Linkspartei aber nicht auf Mauerbau und Stacheldraht. Das reicht nicht aus. Wir werden die Linkspartei bei den Inhalten packen. Denn die Linkspartei hat keine Antwort auf die politischen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verspricht das Blaue vom Himmel. Und jeder muss wissen: Jede Stimme für die Linkspartei ist eine Stimme für die Verdoppelung der Lohn- und Einkommensteuer. Anders wären übrigens die Versprechen der Linkspartei nicht zu finanzieren. Das ist eine unverantwortliche Politik, und das muss auch im Wahlkampf deutlich herausgestellt werden.

(Beifall)

Diese Linkspartei tritt den demokratischen Grundkonsens in Deutschland mit Füßen. Elf Abgeordnete dieser Partei haben sich im Bundestag geweigert, einen Antrag gegen Antisemitismus in Deutschland mitzutragen. Ihr außenpolitischer Sprecher schreibt in diesem Zusammenhang zum Thema „Iran“: „Israel droht dem Iran, nicht anders herum“. Liebe Freunde, das ist beschämend, das ist skandalös. Diese Leute dürfen in Deutschland keine Verantwortung übernehmen!

(Beifall)

Uns stehen harte Monate mit harten Wahlkämpfen bevor. Im Konrad-Adenauer-Haus und überall in unserer Partei laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Wir alle gemeinsam haben die Voraussetzungen für erfolgreiche Wahlkämpfe geschaffen: Die CDU Deutschlands steht finanziell solide da. Erstmals können wir als Bundespartei einen Wahlkampf aus Rücklagen bestreiten. Liebe Freunde, das ist unser aller Erfolg, der Erfolg der Kreisverbände, der Mitglieder. Herzlichen Dank dafür, dass wir es geschafft haben, finanziell so solide dazustehen! Wir werden einen Wahlkampf aus Rücklagen bestreiten, und deshalb sind wir auch finanziell für die Bundestagswahl gut aufgestellt.

(Beifall)

Ganz wichtig ist ein zweiter Punkt: Erstmals gehen wir als mitgliederstärkste Partei ins Rennen. Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres hatten wir mehr neue Mitglieder als im gesamten vergangenen Jahr. Ich begrüße bereits über 18.000 neue Mitglieder, die in diesem Jahr ihren Beitritt zur CDU erklärt haben. Das ist unser gemeinsamer Erfolg. Sie geben uns Rückenwind und machen deutlich, dass wir im nächsten Jahr das Ziel haben sollten, anlässlich des Superwahljahres zum ersten Mal in einem gesamten Jahr wieder mehr Eintritte in die CDU zu haben, als wir Mitglieder verlieren.

Lassen Sie uns dafür kämpfen, dass wir nicht nur mitgliederstärkste Partei bleiben, sondern dass die Zahl unserer Mitglieder auch im nächsten Jahr per Saldo steigt!

(Beifall)

Die CDU steht für Regieren in ernsten Zeiten, aber nicht nur; wir haben einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch. Wir haben in den letzten Jahren hart an uns gearbeitet. Wir sind heute gut aufgestellt: mit der Programmarbeit und mit der Kabinettsaufstellung. Schröder hat die Familienpolitik als „Gedöns“ bezeichnet. Wir haben sie in den Mittelpunkt gestellt. Heute sind wir mit Elterngeld und Betreuungsgeld die Familienpartei in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Die anderen haben Multikulti-Träume geträumt und Einwanderungspolitik gemacht. Wir sind Realisten. Wir machen Integrationspolitik. Die Kompetenz liegt jetzt bei uns, und die CDU steht dafür, dass Deutschland Integrationsland ist. Früher wurden Ökologie und Ökonomie gegeneinander ausgespielt. Heute sind wir es, die Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnen, und wir bleiben die Partei für vernünftige Wirtschafts- und Haushaltspolitik und auch die Partei der Inneren Sicherheit.

Mit dieser programmatischen Breite, mit diesem Angebot an die Bürgerinnen und Bürger gehen wir als die Volkspartei der Mitte ins Wahljahr. Das nenne ich eine gute Ausgangslage, um unsere Wahlziele zu erreichen. Wir wollen, dass die CDU 40 Prozent plus x bekommt und wir die stärkste Kraft in Deutschland sind. Wir wollen eine Koalition mit der FDP bilden, und wir wollen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin in Deutschland bleibt.

(Beifall)

Ja, es geht 2009 um eine Grundsatzfrage. Es geht um die Frage: Wie geht es weiter mit unserem Land? Für uns ist klar: Wir wollen eine verlässliche Politik für Deutschland und keine rot-roten Abenteuer. Wir wollen eine Politik für Aufschwung und Arbeitsplätze und keine Ideen von vorgestern, die Jobs vernichten. Wir wollen eine Politik der Freiheit und keine Ideologie, die den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Mit einem Satz: Wir wollen ein starkes und ein menschliches Deutschland. Dafür steht Angela Merkel, dafür steht die CDU. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten und dafür kämpfen! – Herzlichen Dank.

(Beifall)